



Dr. Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

(K)eine Frage des Timings

Schlechtes Timing für diesen Kommentar: Redaktionsschluss für den Wochenbericht ist Montag. Am Dienstag sind die Präsidentschaftswahlen in den USA – und am Mittwoch soll der Text erscheinen. Sie als Leser wissen also im Gegensatz zum Verfasser, wie das Rennen um die US-Präsidentschaft ausgegangen ist – wenn's nicht wieder länger dauert, so wie bei der Wahl zwischen Bush und Gore im Jahr 2000, deren Ergebnis erst vier Wochen nach dem Wahltag feststand.

Schlechtes Timing dachte sich wohl auch US-Präsidentenherausforderer Mitt Romney, als in der vergangenen Woche mit Wirbelsturm Sandy die zweitschlimmste Sturmkatastrophe in der Geschichte der USA über New York und Umgebung hereinbrach. Seitdem laufen Bilder von Krisenmanager Barack Obama über die Nachrichtenkanäle und der amtierende US-Präsident spricht plötzlich über Klimawandel, während Romney in der zweiten Reihe nur das Zerpfücken der „langweiligen“ Arbeitsmarktstatistik bleibt. So schnell kann es gehen: War noch vor einigen Tagen – zum Nachteil Obamas – die anhaltend schlechte Wirtschaftslage das Hauptthema im Wahlkampf, hat Sandy die Nachrichten- und Stimmungslage noch einmal kräftig durcheinander gewirbelt.

An der schwierigen wirtschaftlichen Lage ändert das nichts: Die USA sind völlig überschuldet – und zwar nicht nur die öffentliche Hand, deren Schuldenquote mit deutlich über einhundert Prozent des Bruttoinlandsprodukts fast so hoch liegt wie in Portugal, Irland oder Italien (und weit über der Schuldenquote der spanischen Regierung). Sondern auch die privaten Haushalte sind hoch verschuldet, und wegen des Zusammenbruchs der Immobilienpreise im Zuge der Finanzkrise stehen diesen Schulden kaum Vermögenswerte gegenüber. In den kommenden Wochen dürfte sich die Diskussion um die amerikanischen Finanzprobleme erneut verschärfen. Die Regierung steuert ungebremst auf die „Fiskalklippe“ zu: Kommt es nicht noch im Dezember zu einer Einigung im Kongress, drohen automatische Steuererhöhungen und

Ausgabenkürzungen von vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die die USA in eine erneute Rezession stürzen und die weltwirtschaftliche Entwicklung spürbar dämpfen würden.

Es ist davon auszugehen, dass die Kongressparteien sich wieder einmal in letzter Minute auf einen Kompromiss einigen, der das Problem erneut in die Zukunft verlagert. Trotzdem wird der künftige US-Präsident um enorme Anstrengungen nicht umhin kommen. Eine normale Haushaltskonsolidierung – also eine Erhöhung der Einnahmen und Rückführung der Ausgaben – wird nicht ausreichen, um das Land wieder in die Spur zu bekommen. Die USA brauchen ein neues Wirtschaftsmodell, das weniger auf kreditfinanziertem Konsum und mehr auf nachhaltiger Wertschöpfung beruht.

Viel Zeit bleibt nicht: Zurzeit kreist die Sorge der Finanzmärkte noch um die Krisenländer im Euroraum. Davon können die USA – ebenso wie Deutschland – derzeit noch profitieren; die Zinsen, die die US-Regierung auf ihre Schulden bezahlen muss, liegen unter zwei Prozent und damit auf einem historischen Tiefststand. Lange dürfte das aber nicht mehr gut gehen: Die Lage in Europa scheint sich etwas zu beruhigen, das Risiko eines Zusammenbruchs des Bankensystems ist deutlich zurückgegangen.

Die Probleme andernorts dürften damit wieder ins Bewusstsein der Finanzmärkte rücken – die anstehenden Diskussionen wegen der „Fiskalklippe“ könnten den Prozess bereits antoßen. Steigen die Zinsen wieder, ist es um die Tragfähigkeit der amerikanischen Staatsverschuldung schnell geschehen. Ein Anstieg des Zinses um einen Prozentpunkt würde schon ausreichen, um eine Schuldenspirale in Gang zu setzen, die mit konventioneller Finanzpolitik kaum zu stoppen wäre.

Wer auch immer der neue Präsident der USA geworden ist: Es ist höchste Zeit, nicht immer nur mit dem Finger auf andere zu zeigen, sondern den Finanzmärkten schnell zu signalisieren, dass man die Gefahr erkannt hat. Das wäre zur Abwechslung mal ein gutes Timing.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Dietmar Edler
Florian Mölders
Luke Haywood

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Nicole Walter
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.